

Lösch, Bettina / Andreas Thimmel (Hrsg.). *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch.* Schwalbach/Ts. Wochenschau Verlag. 544 Seiten. Pb. 978-3-89974550-4

Bettina Lösch und Andreas Thimmel veröffentlichen den vorliegenden Band mit dem ambitionierten Anspruch, die Notwendigkeit einer kritischen politischen Bildung zu verdeutlichen. Um es vorweg zu sagen: Obgleich dieser Anspruch nicht in Gänze erfüllt wird, handelt es sich um eine für den Diskurs in der politischen Bildung wichtige Publikation, die produktive Anlässe zur weiteren Auseinandersetzung um die Zweckbestimmung politischer Bildungsbemühungen im schulischen wie im außerschulischen Bereich bietet.

Das Verdienstvolle des Bandes wird in dem grundlegenden Aufsatz von Gerd Steffens augenfällig. Steffens konstatiert bei seinen Überlegungen darüber, ob die Politikdidaktik eine eigenständige wissenschaftliche Disziplin sei, dass sich die universitäre Disziplin der Politikdidaktik sehr eng zu formieren suche, indem etwa ein didaktischer Fachverband (GPJE) den Anspruch erhebe, die „legitime kollektive Stimme der Disziplin zu sein“ (26), ein „weitgehend identische(r) Autorenkreis“ darum bemüht sei, „den Bestand an Themen, Perspektiven und Aussageformen zu normieren“, eine „Selbstanonisierung“ dieses Kreises vor sich gehe und schließlich ein „Maß an Selbstreferenzialität“ erreicht werde, das als „Zitierkartell“ angemessen zu beschreiben sei.

Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, die Anwürfe Steffens an die vorgeblich unkritischen Vertreterinnen und Vertreter der Politikdidaktik mit vornehmlich schulischem Fokus im Einzelnen zu diskutieren. Seine Kritik mag bisweilen sogar berechtigt sein. Bezeichnend ist jedoch, dass die von Steffens beschriebenen Monita von den sich kritisch verstehenden politischen Bildnerinnen und Bildnern vielfach selbst repliziert werden. Was Not tut, ist eine Weitung der jeweiligen Perspektive der verschiedenen Ausrichtungen schulischer und außerschulischer politischer Bildung auf das gesamte Spektrum des politikdidaktischen Diskurses.

Im ersten Kapitel werden Grundlagen und Erfordernis einer kritischen politischen Bildung zu begründen gesucht, im zweiten die kritischen Sozialwissenschaften als theo-

retische Bezugspunkte herangezogen. Der als „reflexiver Blick auf didaktische und pädagogische Praxis“ beschriebene darauffolgende Abschnitt geht so unterschiedlichen Fragen nach wie der Methodenwahl im Politikunterricht, der Beziehung zwischen politischer und ökonomischer Bildung bis hin zu der Frage, ob Orientierungskurse einen Beitrag zur politische Bildung für Migrantinnen und Migranten leisten können. Warum bestimmte didaktische Momente reflektiert werden und andere nicht, erschließt sich der geeigneten Leserin bzw. Leser nicht. Hier wird ein für den gesamten Band geltendes Manko deutlich, das mit dem Untertitel „Ein Handbuch“ in Zusammenhang steht: Die Publikation weist keine wie auch immer bestimmte und begründete Systematik auf, die den Anspruch der Bezeichnung als Handbuch gerechtfertigt hätte. So werden auch im abschließenden Kapitel über institutionelle Kontexte zwar wichtige Bereiche schulischer wie außerschulischer politischer Bildung beschrieben. Die Auswahl der institutionellen Kontexte erscheint jedoch arbiträr.

Gleichwohl können die hier vorgestellten Positionen einen belebenden Beitrag für die Auseinandersetzung mit Fragen des Was, Worum und Wozu politischer Bildung liefern. Eine Gefahr bleibt allerdings für den weiteren Diskurs anzuzeigen: Die Selbstzuschreibung *Kritische politische Bildung*, die prominent bereits im Titel des Bandes zum Ausdruck gebracht wird, vermittelt den Eindruck, als handle es sich bei den vorliegenden Arbeiten um eine spezifische, wissenschaftstheoretisch von der Frankfurter Schule bestimmte Ausrichtung innerhalb der scientific community politische Bildung, welche sich dezidiert von „anderen Ansätzen“ (7) abgrenze. Zu fragen ist, ob diese anderen Ansätze dann als affirmativ, den bestehenden gesellschaftlich-politischen Status quo unkritisch stützend zu verstehen sein sollen. Diese Abgrenzung gibt den gegenwärtigen Diskurs in der politischen Bildung nicht adäquat wieder und könnte letztlich zu einer Lagerbildung und Wagenburgmentalität führen, welche den Interessen schulischer und außerschulischer politischer Bildungsbemühungen in höchstem Maße abträglich wäre.

(Die ausführliche Fassung dieser Rezension erscheint in der PVS).

Ingo Juchler





*Geißel, Brigitte: Kritische Bürger – Gefahr oder Ressource für die Demokratie? Frankfurt/New York: Campus Verlag 2011, 221 Seiten. Pb. ISBN 9783593393926*

Der politischen Bildung gelten „die Bürger“ schon seit einiger Zeit, wie der Titel des gleichnamigen Bandes der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg suggeriert, als „schwierig“. Auch der Politik bereiten die Bürgerinnen und Bürger zunehmend Probleme. Ob sie sich als organisierte Bildungsbürgerschaft mit einem Referendum gegen eine Schulreform stemmen, ob sie als Ökobürger gegen die Atomkraft demonstrieren oder als „Wutbürger“ ein Bahnprojekt bekämpfen – immer öfter werden durch Verfahren legitimierte Entscheidungen der Politik kritisiert und in Frage gestellt. Die Redensart „Wahltag ist Zahltag“ hat an Bedeutung verloren, es reicht den Bürgerinnen und Bürgern offenbar nicht mehr, die von ihnen gewählten Repräsentanten bei nächster Gelegenheit wieder abzuwählen. Stattdessen wird der Anspruch erhoben, auch während der Wahlperioden Einfluss auf die Politik auszuüben und sich kritisch zu Wort zu melden. Ob dieses kritische Potenzial der Bürgerschaft eine Gefahr oder eine Ressource für unsere repräsentative parlamentarische Demokratie darstellt, ist die Frage, der Brigitte Geißel in ihrer Studie über „Kritische Bürger“ nachgeht.

Dass diese Frage noch weitgehend unbeantwortet geblieben war führt Geißel zu Beginn u.a. auf eine in der Politikwissenschaft verbreitete terminologische Ungenauigkeit zurück, nämlich auf die Gleichsetzung von Kritik mit Unzufriedenheit. Die Autorin zeigt, dass diese Begriffe zu trennen sind, weil Kritikbereitschaft und Zufriedenheit mit Politik einander nicht ausschließen müssen. Kritikbereitschaft bestimmt Geißel gegenüber Unzufriedenheit als „normative Dimension“ (20), welche „die Befürwortung der Bürgerpflicht, politische Sachverhalte zu beobachten (Beobachtungspflicht) und

möglicherweise zu intervenieren (Interventionspflicht)“ (20) umfasst. Ob eine solchermaßen definierte Kritikbereitschaft eine Gefahr oder eine Ressource für die Demokratie darstellt, wird im Folgenden entlang unterschiedlicher Fragestellungen geklärt. Im Anschluss an die Begriffsbestimmung und die Darstellung ihrer Verbreitung geht es darum, wie sich Kritikbereitschaft und Unzufriedenheit erklären lassen, ob kritische Bürgerinnen und Bürger demokratieförderliche Profile aufweisen und ob kritische politische Einheiten demokratischer sind als unkritische.

Die Arbeit ist sehr klar und übersichtlich strukturiert, in jedem der genannten Abschnitte erfolgen zunächst eine theoretische Einordnung sowie die Darstellung des Forschungsstands, bevor der jeweilige Fragekomplex empirisch analysiert wird. Als Datengrundlage dienen der Autorin verschiedene Untersuchungen, die Rückschlüsse auf die Verbreitung und Erklärung von Kritikbereitschaft, auf das Vorhandensein demokratieförderlicher Profile sowie das Demokratisierungsniveau politischer Einheiten auf der Ebene der deutschen Kommunen, der deutschen Länder und auf der internationalen Ebene zulassen.

Das Ergebnis der Studie ist eindeutig: Kritische Bürgerinnen und Bürger stellen ein Potenzial für die Demokratie dar. Dies bedeutet: „Zentral für die Weiterentwicklung eines demokratischen Systems ist (...) dessen Fähigkeit, Kritikbereitschaft in seiner Bürgerschaft zu generieren und zu fördern“ (167). Dieses Resultat sollte nicht nur den Blick der Politik auf die Bürgerinnen und Bürger verändern. Auch die politische Bildung ist vor diesem Hintergrund dazu aufgerufen, sich selbst kritisch mit der Frage auseinanderzusetzen, welche Fähigkeiten und welches Wissen sie zu vermitteln hat, um weiterhin erfolgreich ihren Beitrag zur Weiterentwicklung der Demokratie leisten zu können.

*Tonio Oeftering*